

Bonn, 19. Juni 1984

Ergebnisprotokoll

der Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes der CDU vom 18.6.1984 in Bonn, KAH

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Parteivorsitzender Bundeskanzler Dr. Kohl sehr herzlich Herrn Dr. von Weizsäcker, der als gewählter Bundespräsident das letzte Mal in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Parteivorsitzender der CDU an der Sitzung teilnimmt.

Bundeskanzler Dr. Kohl dankt Herrn Dr. von Weizsäcker für die langjährige Freundschaft und Kameradschaft, für Hilfe in vielen wichtigen Entscheidungen, für sein Mitwirken an der Gestaltung der Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Präsidium und im Bundesvorstand, im Vorsitz von wichtigen Kommissionen, insbesondere der Grundsatzkommission, im Kontakt zum kirchlichen Bereich und als Regierender Bürgermeister von Berlin.

Unter dem großen Beifall des Bundesvorstandes wünscht Bundeskanzler Dr. Kohl Herrn Dr. von Weizsäcker für das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland viel Glück und Erfolg und Gottes Segen.

Dr. von Weizsäcker dankt dem Bundeskanzler und den Bundesvorstandsmitgliedern herzlich für die vielen Jahre der vertrauensvollen Zusammenarbeit und der guten menschlichen Kontakte und verabschiedet sich mit den besten Wünschen an alle ehemaligen Weggenossen aus dem Bundesvorstand der CDU.

Bundeskanzler Dr. Kohl begrüßt außerdem Herrn Dr. Eugen Gerstenmaier sehr herzlich, der nach langer Krankheit erstmals wieder an einer Bundesvorstandssitzung teilnimmt.

### TOP 1: Politische Lage nach der Europawahl

Bundeskanzler Dr. Kohl nimmt eine erste politische Bewertung des Europawahl-ergebnisses vor (s. Anlage).

Herr Dr. Klepsch gibt anschließend einen Überblick über die Wahlergebnisse der anderen europäischen Länder und weist dabei darauf hin, daß die Union sich unverändert als die stärkste politische Kraft in Europa behaupten konnte. Herr Dr. Klepsch bedankt sich bei Generalsekretär Dr. Geißler und Bundesgeschäftsführer Radunski ausdrücklich für die Hilfe der Europa-Kandidaten und für die Initiativen der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die den Europawahlkampf erst ermöglicht haben.

Ministerpräsident Dr. Vogel berichtet über das Ergebnis der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz. Die CDU hat dort bei einer hohen Wahlbeteiligung von 76,5 % mit 45,4 % das drittbeste Ergebnis der bisherigen neun Kommunalwahlen von Rheinland-Pfalz erzielt, obwohl sie 2,1 % verloren hat. Die SPD hat ebenfalls 2,1 % Stimmen verloren, so daß sich ihre Hoffnungen auf Stabilisierung oder "Denkzettel für die CDU" nicht erfüllt haben. Die F.D.P. hat mit einem Ergebnis von 5 % der Stimmen 1,9 % eingebüßt und ist aus vielen kreisfreien Städten herausgedrängt worden. Die Grünen haben 5,4 % errungen und befinden sich demzufolge in einer vergleichbaren Stärke zur F.D.P. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß sie in einer Reihe von Städten und Kreisen nicht kandidiert haben, sonst hätten sie auch in Rheinland-Pfalz zwischen 6 - 7 % erreicht.

In diesem Zusammenhang weist Ministerpräsident Dr. Vogel auf das interessante Ergebnis einer Erhebung hin, nach der nicht-grüne Wähler die Grünen für eine Umweltpartei halten, die grünen Wähler aber die Grünen nicht als Umweltpartei, sondern als Protestpartei ansehen.

Das Kommunalwahlergebnis hat zur Folge, daß es jetzt auch in Rheinland-Pfalz in Kreisen und Städten rot-grüne Bündnisse geben kann.

Anschließend dankt Ministerpräsident Dr. Vogel für die Unterstützung, die der rheinland-pfälzischen CDU im Kommunalwahlkampf zuteil geworden ist.

In seinem Bericht über die Kommunalwahlen im Saarland stellt Ministerpräsident Zeyer fest, daß die Regierungskoalition von CDU und F.D.P. schwere Verluste

erlitten hat. Die CDU mußte Stimmeneinbußen von 3,6% hinnehmen und konnte nur 42,2% der Stimmen für sich verbuchen. Die F.D.P. ist von 6,5% auf 4,3% zurückgefallen und im Stadtrat von Saarbrücken und im Stadtverbandstag nicht mehr vertreten. Die SPD wurde mit 45,6% der Stimmen stärkste politische Kraft im Saarland. Die Grünen, die bei der Kommunalwahl 1979 noch nicht angetreten waren, erzielten 5,3%.

Ministerpräsident Zeyer vertritt die Ansicht, daß für das Wahlergebnis sowohl lokale wie landes- und bundespolitische Gründe eine erhebliche Rolle gespielt haben, nämlich die starke Personalisierung des SPD-Wahlkampfes und die hohe Arbeitslosigkeit im Saarland, die vor allem der Regierungskoalition angelastet wird. Darüber hinaus haben sich - vor allem in den ländlichen Bereichen - die EG-Agrarpreis-Beschlüsse negativ für die CDU ausgewirkt.

Die höchsten Verluste mußte die CDU in ihren Hochburgen hinnehmen. Obwohl 80% der Bevölkerung des Saarlandes katholisch ist, hat sich einmal mehr gezeigt, daß kirchliche Bindungen bei Wahlentscheidungen kaum noch eine Rolle spielen. Die Grünen haben offenbar Zulauf aus allen Bevölkerungskreisen erhalten und ihren Anstieg keinesfalls überwiegend zu Lasten der SPD, sondern in einigen Bereichen in gleichem Umfang auch zu Lasten der CDU errungen.

Herr Zeyer stellt fest, daß die saarländische CDU sich durch dieses Wahlergebnis in einer schwierigen Ausgangslage für die nächste Landtagswahl befindet und versuchen muß, die F.D.P. zu stabilisieren, um mit ihr gemeinsam gegen SPD und Grüne antreten zu können.

In der anschließenden Diskussion befaßt sich der Bundesvorstand auch mit den Gründen, die der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Europawahl zugrunde gelegen haben könnten. Neben dem Unbehagen gegen die europäische Entwicklung werden vor allem die Auswirkungen des Tarifkonflikts in der Metall- und Durckindustrie angeführt. In diesem Zusammenhang diskutiert der Bundesvorstand auch die damit verbundenen Probleme der mittelständischen und Großunternehmen, die einen Tarifvertrag über einen generellen Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aus existenzgefährdenden Gründen nicht unterschreiben können. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß hier ein Problem von einer Dimension vorhanden ist, das nichts mehr mit einer reinen Tarifaueinandersetzung zu tun hat und dessen gefährliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland nur durch einen schnellstmöglichen Kompromiß der Tarifpartner und die Beendigung des Streiks abgewendet werden können.

Generalsekretär Bundesminister Dr. Geißler schlägt vor, die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeitszeitverkürzung einschl. der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Nachgang zum Stuttgarter Bundesparteitag der CDU auf einer Bundesvorstandsitzung nach der Sommerpause ausführlich zu diskutieren. Der Bundesvorstand ist mit dem Vorschlag einverstanden.



Peter Radunski

Anlage:

Bundeskanzler Dr. Kohl zur Europawahl am 17.6.1984.